



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

HOHE VERTRETERIN
DER UNION FÜR
AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 26.4.2017
JOIN(2017) 16 final

**GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

Sonderverwaltungsregion Hongkong: Jahresbericht 2016

GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT

Sonderverwaltungsregion Hongkong: Jahresbericht 2016

Zusammenfassung

Seit der Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik China im Jahr 1997 verfolgen die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten aufmerksam die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong gemäß dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. Die EU erkennt die „Ein-China-Politik“ an und unterstützt das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ und dessen Anwendung. Gemäß der 1997 gegenüber dem Europäischen Parlament eingegangenen Verpflichtung legen die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst jährlich einen Bericht über die Entwicklungen in Hongkong vor. Mit dem Jahresbericht 2016 wird der neunzehnte Bericht vorgelegt.

In politischer Hinsicht war das Jahr ein schwieriges Jahr für die SVR Hongkong und die Anwendung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“. Die Gesellschaft in Hongkong ist stärker polarisiert und die Menschen sorgen sich zunehmend um die Zukunft Hongkongs nach 2047. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Umsetzung der Politik „Ein Land, zwei Systeme“ vom Grundgesetz Hongkongs garantiert. Das Jahr war außerdem geprägt von der anhaltenden Verunsicherung angesichts des Falls der vermissten Buchhändler, dem Aufstand in Mongkok, dem Erstarken von Gruppen, die für die Selbstbestimmung oder die Unabhängigkeit eintreten, den Wahlen zum Legislativrat, dem Ausschluss zweier chinakritischer Abgeordneter aus dem Parlament, dem Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NPCSC) zur Auslegung des Grundgesetzes in Bezug auf den Treueeid, dem Votum des Wahlkomitees und den Vorbereitungen für die Wahl des Chief Executive.

Der Fall der fünf Buchverleger, die im Jahr 2015 vermisst wurden, ist nach Auffassung der EU die größte Gefahr für das Grundgesetz und das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ seit der Übergabe im Jahr 1997. Der Fall schlug weiter Wellen und die Umstände ihres Verschwindens müssen noch geklärt werden. Einer der Verleger befindet sich nach wie vor in Haft, ohne formal angeklagt worden zu sein.

Trotz der vorstehend erwähnten Fragen funktionierte das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ im Jahr 2016 weiterhin insgesamt gut.

Die Justiz demonstrierte weiterhin ihre Unabhängigkeit und wahrte konsequent das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, obwohl sie mit mehreren politisch sensiblen gerichtlichen Überprüfungen und der Interpretation des Grundgesetzes durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses konfrontiert war.

Die Rechtsstaatlichkeit war nach wie vor Leitprinzip der Regierung, der Wirtschaftsteilnehmer und der Bevölkerung. Es wurde weiterhin entschlossen gegen die Korruption vorgegangen und die Indikatoren für gute Regierungsführung waren positiv. Auf

dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International rangierte Hongkong auf Platz 14.

Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit wurden in der Regel geachtet. Allerdings war bei der Pressefreiheit und im Verlagswesen ein negativer Trend zu beobachten, der auf die Zurückhaltung und Selbstzensur der Medien bei der Berichterstattung über innen- und außenpolitische Entwicklungen in der Volksrepublik China zurückzuführen war. Das Verschwinden der Buchverleger hat diesen Trend verstärkt.

Hongkong behauptete sich weiter als ein wettbewerbsstarkes internationales Wirtschafts- und Finanzzentrum und als weltweit wichtigstes Zentrum für den Geschäftsverkehr mit Festlandchina. Hongkong ist auch das wichtigste Versuchsfeld für Chinas Kapitalmarktreform. Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen im digitalen Zeitalter versucht Hongkong erneut, den Schwerpunkt seiner Wachstumsstrategie auf Technologie und Innovation zu legen. Rechtsstaatlichkeit, ein transparenter Rechtsrahmen und geringe Korruptions- und Kriminalitätsraten trugen zusammen mit einer effizienten öffentlichen Verwaltung und einer unabhängigen Justiz zur Wahrung und Förderung des günstigen Investitionsklimas bei, das dem Erfolg Hongkongs zugrunde liegt.

Die EU ermutigt die SVR Hongkong und die Zentralregierung Chinas, die Reform des Wahlsystems im Einklang mit dem Grundgesetz wieder in Gang zu bringen und sich auf ein demokratisches, faires, offenes und transparentes Wahlsystem zu einigen. Das allgemeine Wahlrecht würde der Regierung mehr Rückhalt in der Öffentlichkeit verschaffen und ihr eine größere Legitimation bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele und der Bewältigung der sozialen Herausforderungen Hongkongs, wie etwa der Überwindung des sozio-ökonomischen Gefälles und des Generationenkonflikts innerhalb der Gesellschaft, verleihen. Aufzeichnungen über die Wahlbeteiligung in der Gesetzgebenden Versammlung (Legislativrat) und der Wahlkommission zeigen, dass die Menschen sehr daran interessiert sind, eine aktive Rolle im politischen Leben und bei der Entscheidung über die Zukunft der SVR zu übernehmen.

Politische Entwicklungen

Das politische Klima in Hongkong war nach wie vor durch eine starke Polarisierung zwischen dem regierungsnahen und dem prodemokratischen Lager gekennzeichnet. Die Spannungen wurden durch das Erstarken der für lokale Interessen eintretenden Gruppen als politische Kräfte noch verstärkt. Die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative waren weiterhin angespannt: Vertreter der Opposition initiierten eine Kampagne zur Verweigerung der Zusammenarbeit und setzten Taktiken ein, um Initiativen der Regierung zu verzögern. So versäumte es der Legislativrat zum zweiten Mal, eine Änderung des Urheberrechtsgesetzes zu erlassen. Dies beeinträchtigte die Bemühungen der Regierung, Hongkong als regionales Drehkreuz für die Rechte des geistigen Eigentums zu etablieren, da der derzeitige Rechtsrahmen aus der Zeit stammt, als es noch kein Internet gab.

Der Fall der fünf **Buchverleger**, die Ende 2015 verschwanden, schlug 2016 weiterhin Wellen. Vier der Verleger kehrten im Laufe des Jahres wieder nach Hongkong zurück, wobei die

Umstände ihres Verschwindens nie geklärt wurden. Der schwedische Staatsbürger Gui Minhai ist immer noch in China inhaftiert, ohne formal angeklagt worden zu sein. Drei der zurückgekehrten Verleger erklärten, sie seien freiwillig nach Festlandchina gegangen, um bei Ermittlungen mitzuwirken, während Lam Wing Kee öffentlich erklärte, er sei entführt und von den Sicherheitskräften Festlandchinas über einen Zeitraum von acht Monaten verhört worden. Mehrere Buchhändler nahmen an im Fernsehen ausgestrahlten „Geständnissen“ teil. Die EU äußerte wiederholt Bedenken hinsichtlich solcher Praktiken.

Sie brachte den Fall sowohl gegenüber Hongkong als auch gegenüber der Regierung in Peking wiederholt zur Sprache. Am 7. Januar gab der Sprecher der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin Mogherini eine Erklärung zu dem Fall¹ heraus, in der dieser als „äußerst besorgniserregend“ bezeichnet wird. Am 4. Februar nahm das Europäische Parlament eine Entschließung an, in der es seine tiefe Besorgnis über das Verschwinden der Buchverleger² zum Ausdruck brachte, sowie am 23. November eine Entschließung zum Fall Gui Minhai³.

Die EU nimmt diese Angelegenheit sehr ernst und hofft, dass solche Vorfälle sich nicht wiederholen. Alle erforderlichen Schritte sollten unternommen werden, um das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit Hongkongs und die Politik „Ein Land, zwei Systeme“ wiederherzustellen.

Eine der bemerkenswertesten politischen Entwicklungen im Jahr 2016 war das **Erstarken neuer politischer Gruppen** nach der gescheiterten Wahlreform und Hongkongs „Regenschirm-Revolution“. Mehrere radikale Gruppen, die sogenannten „**Lokalisten**“, treten für die Verteidigung der Lokal-Interessen Hongkongs und eine klare Distanzierung zwischen Hongkong und Festlandchina ein, wobei einige dieser Gruppen die Selbstbestimmung (Demosisto) oder völlige Unabhängigkeit von Hongkong (Hong Kong Indigenous Party, Hongkong National Party) fordern. Die National Party Hongkong erklärte, sie strebe die Unabhängigkeit an, „gleich mit welchen Mitteln“, und schloss den Einsatz von Gewalt als letztem Mittel nicht aus. Medienberichten zufolge haben sich mindestens 21 Lokalisten-Gruppen gebildet. Die Zentralbehörden sowohl in Hongkong als auch in China haben sich nachdrücklich gegen die Unabhängigkeit oder Selbstbestimmung ausgesprochen, mit der Begründung, dass dies einen Verstoß gegen das Grundgesetz darstellen würde.

Am 8. Februar (erster Tag des chinesischen Neujahrs) kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, die ein für Hongkong seltenes Ausmaß erreichten. Rund 500 Menschen warfen Pflastersteine und setzten Gegenstände in Brand; die überforderte Polizei gab zwei Warnschüsse ab. Bei dem zehn Stunden währenden **Mongkok-Aufstand** wurden 128 Menschen verletzt, darunter 90 Polizeibeamte. Von den 64 verhafteten Demonstranten wurden 38 wegen Unruhestiftung angeklagt (die Anklage gegen

¹ https://eeas.europa.eu/delegations/hong-kong/4962/statement-spokesperson-disappearance-individuals-associated-mighty-current-publishing-house_en

² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0045&language=EN>

³ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0444&language=EN&ring=B8-2016-1256>

zehn Personen wurde später fallengelassen). Viele der Demonstranten gehörten Lokalisten-Gruppen an. Die Polizei beschrieb die Ausschreitungen als im Voraus geplant und organisiert. Diese Gewalt ungekannten Ausmaßes war möglicherweise durch die gesellschaftliche und politische Unzufriedenheit, insbesondere unter jungen Menschen, geschürt worden.

Die Forderungen nach Unabhängigkeit oder Selbstbestimmung wurden im Vorfeld der **Wahlen zum Legislativrat** im Februar und im Verlaufe des Wahlkampfes für die Legislativrat-Wahlen im September laut. Nicht viele Menschen in Hongkong unterstützen solche radikalen Ideen wirklich, aber soziale und wirtschaftliche Missstände in Verbindung mit der Unzufriedenheit mit den traditionellen politischen Kräften scheinen die Unterstützung für die Lokalisten zu begünstigen. In diesem Kontext bekräftigt die EU ihre Unterstützung der „Ein-China-Politik“ und der weiteren Anwendung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“.

Bei den Nachwahlen vom 28. Februar gelang einem radikalen chinakritischen Kandidaten aus Hongkong mit 15 % der Stimmen ein überraschender Durchbruch. Obwohl er einen Sitz im Parlament knapp verfehlte (dieser ging an das pan-demokratische Lager), war das Ergebnis von großer Bedeutung, denn es verlieh einer bisher marginalen politischen Bewegung politische Legitimität.

Am 5. August nahmen Tausende an der ersten Rally für Unabhängigkeit teil. Laut den Organisatoren waren 10 000 Personen bei der Kundgebung zugegen, die Polizei bezifferte die Zahl der Teilnehmer auf 2 500.

Am 4. September fanden in Hongkong die Wahlen zur Bestimmung der 70 Mitglieder des Legislativrates statt. Obwohl kein allgemeines Wahlrecht besteht, wurden die Wahlen im Allgemeinen als frei von Einmischung angesehen, und das Wahlverfahren verlief im Großen und Ganzen in geordneten Bahnen. Eine Rekordzahl von 2,17 Millionen Wählern (58 % der Wählerschaft) begab sich zur Wahlurne.

Das regierungsnahe Lager behielt seine absolute Mehrheit, aber das pro-demokratische Lager ist nun in der Lage, Gesetze zu blockieren, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Die Wahlen haben die politische Polarisierung in Hongkong verstärkt und es wurden mehrere Lokalisten-Kandidaten gewählt, die fast 19 % der Stimmen auf sich vereinten. Im neuen Legislativrat wurde auch ein bedeutsamer Generationenwechsel spürbar. Fast ein Drittel der Abgeordneten sind neu, und viele der neu gewählten Mitglieder sind deutlich jünger als ihre Vorgänger.

Allerdings waren die Wahlen davon überschattet, dass sechs Pro-Unabhängigkeitskandidaten der Weg ins Parlament versperrt wurde. Ihr Ausschluss erfolgte aus fraglichen Gründen und wurde anschließend gerichtlich angefochten.

Der neue Legislativrat begann seine Amtszeit mit einer chaotischen **Vereidigungszeremonie**. Mehrere Abgeordnete wandelten den Wortlaut des Eides ab oder es wurde ihnen respektloses Verhalten vorgeworfen. Einige wurden aufgefordert, den Eid vor Ort zu wiederholen, andere hatten hierzu in einer gesonderten Sitzung des Legislativrates Gelegenheit.

Besonders problematisch war der Fall zweier neu gewählter Parlamentarier aus dem Lager der Pro-Unabhängigkeitsbefürworter, d. h. der Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung Youngspiration Sixtus Leung und Yau Wai-ching, die mit beleidigenden Äußerungen gegen Festlandchina am radikalsten auftraten. Die Regierung leitete eine gerichtliche Überprüfung ein, um sie daran zu hindern, ihren Eid zu wiederholen und zwang sie somit, ihre Ämter niederzulegen.

Die Sache war noch beim Hongkonger Gerichtshof anhängig, als der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses durch eine Interpretation des Grundgesetzes in Bezug auf den Amtseid (Artikel 104) in die Angelegenheit eingriff. Gemäß dieser Interpretation, die der Nationale Volkskongress am 7. November einstimmig verabschiedete, sollten Sixtus Leung und Yau Wai-ching ihren Eid nicht wiederholen und ihr Amt nicht antreten dürfen. Die anschließende Gerichtsentscheidung verfolgte die gleiche Linie, wobei das Gericht betonte, es sei „unabhängig von der Auslegung [des Chinesischen Volkskongresses]“ zu derselben Entscheidung gelangt. Die beiden Abgeordneten verloren ihre Berufungsverfahren und wurden gleichzeitig aufgefordert, ihre Ämter niederzulegen.

Zwar hat der Nationale Volkskongress die Befugnis zur Interpretation des Grundgesetzes, aber der Zeitpunkt, zu der er seine Interpretation verabschiedete – in dem bereits politisch geladenen Klima – ließ Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Hongkonger Justiz aufkommen, und die Auslegung wurde als Vorgriff auf das Gerichtsurteil angesehen.

Auch mehrere Privatpersonen leiteten Verfahren ein, um die Vereidigung der Abgeordneten zu überprüfen. Zudem versuchte die Regierung, vier weitere Unabhängigkeitsbefürworter zu disqualifizieren. Diese Fälle sind noch anhängig.

Die letzten Monate des Jahres 2016 waren von den Vorbereitungen für die Wahl des Chief Executive geprägt. Der derzeitige Chief Executive überraschte viele mit seiner Ankündigung, dass er bei den nächsten Wahlen nicht mehr antreten werde. Die Wahlen für das 1 194 Mitglieder starke **Wahlkomitee**, das Hongkongs Chief Executive wählt, fanden am 11. Dezember statt. Die Wahlbeteiligung erreichte Rekordhöhe und war fast doppelt so hoch wie im Jahr 2011 (46 % gegenüber 27,6 %). Obwohl das pan-demokratische Lager weit besser abschnitt als bei früheren Wahlen und einen gewissen Einfluss haben wird, behält das Regierungslager weiterhin eine sehr komfortable Mehrheit.

Rechtsstaatlichkeit und Justiz

Abgesehen von den Bedenken hinsichtlich des Falls der fünf vermissten Verleger und der von hoher Ebene eingeleiteten gerichtlichen Überprüfungen wurden die Rechtsstaatlichkeit und die hohen Justizstandards auch 2016 weiter gewahrt. Im *Global Competitiveness Report 2016-2017*⁴ rangierte Hongkong bei der richterlichen Unabhängigkeit auf Platz 8. Viele Anwälte äußerten sich besorgt angesichts der vom Nationalen Volkskongress verabschiedeten

⁴ http://www3.weforum.org/docs/GCR2016-2017/05FullReport/TheGlobalCompetitivenessReport2016-2017_FINAL.pdf

Interpretation von Artikel 104 und nahmen an einem Protestmarsch teil, mit dem Vorwurf, es handele sich um die schwerste Beeinträchtigung der Rechtsordnung in Hongkong seit seiner Übergabe an China.

Die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit und die uneingeschränkte Achtung der Rechtsstaatlichkeit sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass es Hongkong gelingt, seine demokratische Glaubwürdigkeit, seinen Ruf als internationales Wirtschaftszentrum und sein Ziel, seine Rolle als internationales Zentrum für Schiedsgerichtsbarkeit und Schlichtung zu konsolidieren, aufrechtzuerhalten.

Chancengleichheit, gleiche Rechte und Freiheiten

Hongkong genießt ein hohes Maß an Freiheit. Die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Medien und die Informationsfreiheit sind Bestandteil der Grundwerte Hongkongs und stehen im Einklang mit der Politik „Ein Land, zwei Systeme“. Sie sind auch ein wesentlicher Faktor für die Stärke Hongkongs als globales Geschäftszentrum. Die EU fordert alle Interessenträger auf, diese Werte aufrechtzuerhalten.

Die **Medien**, einschließlich der digitalen Medien, konnten ihre Tätigkeit weiterhin weitgehend frei ausüben und vielfältige Auffassungen zum Ausdruck bringen. Dennoch entstand zunehmend der Eindruck – wie im Jahresbericht des Journalistenverbands von Hongkong zum Ausdruck gebracht –, dass sowohl die Print- als auch die elektronischen Medien insbesondere bei der Berichterstattung über Festlandchina Selbstzensur ausübten. Der Verband erklärte, dass 2016 ein „äußerst schwieriges“ Jahr für die Pressefreiheit war und die Politik „Ein Land, zwei Systeme“ ernsthaft gefährdet ist. Er kritisierte die Tendenz, Schlüsselpositionen in den lokalen Medien mit Personen zu besetzen, die über enge Verbindungen zu Peking verfügen. Die Übernahme mehrerer Hongkonger Medienbetriebe durch Festlandunternehmen gab ebenfalls Anlass zur Sorge. Auf dem *Internationalen Index der Pressefreiheit für das Jahr 2016* stieg Hongkong um einen Platz auf Platz 69 auf, obwohl mit dem Index ein negativer Trend verzeichnet wurde. Im November eröffnete PEN International ein Zentrum in Hongkong zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung.

Nach dem Verschwinden der fünf Verleger sollen einige Buchhandlungen regierungskritische Veröffentlichungen aus den Regalen genommen haben, einige schlossen und Verleger meldeten Störungen bei Druck, Lagerung und Vertrieb.

Im Jahr 2015 lösten die Ernennungen für die Universitätsräte eine große Kontroverse über die **akademische Freiheit** und die unabhängige Verwaltung der Hochschuleinrichtungen aus. Das Jahr 2016 war geprägt von Forderungen nach der Ablösung des Chief Executive als Kanzler – von Amts wegen – sämtlicher Universitäten in Hongkong. Viele Wissenschaftler sehen diese Praxis als Gefahr für die unabhängige Hochschulverwaltung und befürchten, dass sie der akademischen Freiheit in Hongkong langfristig schaden könnte.

Hongkong hat weiterhin kein umfassendes **Antidiskriminierungsgesetz**. Im Januar gab die Kommission für Chancengleichheit (Equal Opportunities Commission – EOC) eine Studie über Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung heraus, die weitverbreitete

Diskriminierung von LGBTI-Personen zu Tage brachte. Doch 55,7 % der Bevölkerung sind für Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung. Die EOC forderte die Regierung auf, eine öffentliche Konsultation zu künftigen Rechtsvorschriften in diesem Bereich einzuleiten.

Nach einer langen Phase der öffentlichen Konsultation und Entscheidung zur **Revision des Antidiskriminierungsgesetzes** legte die EOC der Regierung ihre Empfehlungen im März vor. Besonders prioritäre Bereiche sind unter anderem die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Gleichstellung von Frauen, die Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Nationalität, der Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes sowie der gleiche Schutz für zusammenlebende Paare.

Ausländische Hausangestellte, deren Zahl auf rund 300 000 beziffert wird, leiden weiterhin unter einem Mangel an Arbeits- und Sozialschutz. Zwei Bestimmungen sind von besonderer Bedeutung: zum einen das Erfordernis, wonach Hausangestellte im Haushalt wohnen müssen, und zum zweiten die „Zwei-Wochen“-Regel, wonach ausländische Hausangestellte innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf ihres Vertrags eine andere Anstellung finden müssen, da sie sonst ausgewiesen werden können. Besorgniserregend sind auch Schuldknechtschaft und Fehlverhalten seitens der Arbeitsämter. Die Regierung traf Maßnahmen zur Behebung dieser Probleme, insbesondere durch die Verabschiedung eines nicht verbindlichen Verhaltenskodex, aber es ist ein noch entschlosseneres Vorgehen erforderlich.

Der **Menschenhandel** gab weiterhin Anlass zu Sorge, insbesondere in Ermangelung eines einheitlichen Rechts- und Politikrahmens. Die Regierung setzte eine Task Force ein, die dieses Problem in Zusammenarbeit mit der EU und anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft angehen soll.

Im Jahr 2016 fand eine hitzige Debatte zum Thema **Flüchtlinge** statt. Die lokale und internationale Gemeinschaft war sehr beunruhigt angesichts der Ausführungen des Chief Executive in den Medien, Hongkong ziehe möglicherweise in Erwägung, aus dem Übereinkommen gegen Folter auszutreten, um den Zustrom von Migranten, die Schutz vor Zurückweisung beantragen, einzudämmen. Hongkong ist nicht selber Vertragspartei des Übereinkommens gegen Folter, sondern nur über die Volksrepublik China. Mehrere hochrangige Beamte sicherten später zu, Hongkong habe nicht die Absicht, aus dem Übereinkommen auszutreten.- Die Regierung von Hongkong ist allerdings der Ansicht, dass das Verfahren für Anträge auf Nichtzurückweisung überarbeitet werden muss, da es ihrer Meinung nach anfällig für Missbrauch ist und somit einen Rückstau von rund 10 000 Verfahren zur Folge haben könnte.

Die Korruption galt als unter Kontrolle und das **Korruptionsbekämpfungssystem** ist nach wie vor robust und resilient. Bei den Maßnahmen zur Förderung der Transparenz und Korruptionsbekämpfung weist Hongkong hohe Standards auf.- Die Behörden und die Spitzen von Politik und Wirtschaft haben erkannt, dass Transparenz von entscheidender Bedeutung ist, um die starke Stellung Hongkongs als internationales Geschäftszentrum, auch für Unternehmen auf dem Festland, aufrechtzuerhalten.

Beziehungen zwischen Hongkong und Festlandchina

Teile der Gesellschaft in Hongkong waren über die allmähliche Aushöhlung des hohen Autonomiestatus Hongkongs innerhalb der Volksrepublik China und über die schwindende Achtung seiner Werte und Lebensweise gemäß dem Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“ ernsthaft besorgt. Die größten Herausforderungen für die Beziehungen zwischen Hongkong und der Volksrepublik China bestanden im Erstarken radikaler politischer Strömungen in Hongkong und der Interpretation von Artikel 104 durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses. Die Frist 2047 verstärkt nur die Besorgnis und Unsicherheit in der Gesellschaft Hongkongs hinsichtlich der Zukunft des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“, trotz wiederholter Zusage seitens der chinesischen Regierung, diese Politik werde weiterhin in vollem Umfang eingehalten und umgesetzt.

Nach den öffentlichen Äußerungen einer der Buchverleger, er sei von den Polizeikräften Festlandchinas entführt worden, bat Chief Executive CY Leung die chinesische Zentralregierung in einem Schreiben um Klarstellung. Hongkong und die chinesische Zentralregierung versuchten im Rahmen mehrerer Verhandlungsrunden, eine Einigung über ein grenzüberschreitendes Meldeverfahren für auf dem Festland inhaftierte Einwohner Hongkongs zu erreichen. Diese Regelung soll umgekehrt auch für Festland-Chinesen gelten.

Der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Zhang Dejiang, begab sich vom 17.-19. Mai anlässlich des Gipfels zur „One Belt, One Road“-Initiative zu einem offiziellen Besuch nach Hongkong. Dies war der erste Besuch eines hochrangigen Beamten aus Peking nach der gescheiterten politischen Reform und der pro-demokratischen Regenschirmbewegung im Jahr 2014. Zhang wollte den Menschen versichern, dass die Politik „Ein Land, zwei Systeme“ weiter umgesetzt wird. Er suchte auch nach Kontakten zum pandemokratischen Oppositionslager, aber aufgrund der verstärkten politischen Spannungen kam es zu keinem fruchtbaren Austausch. Am Ende des Jahres kündigte die chinesische Zentralregierung an, einigen pandemokratischen Politikern, die bisher nicht darüber verfügten, Rückkehrgenehmigungen zu erteilen (mit der Möglichkeit auf das Festland zu reisen).-

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im Jahr 2016 verzeichnete Hongkong – im Anschluss an die Expansion von 2,4 % im Jahr 2015 – ein BIP-Wachstum von 1,9 %⁵ in realen Zahlen. Der Außenhandelssektor blieb im ersten Halbjahr aufgrund des ungünstigen weltweiten Handelsklimas hinter den Erwartungen zurück. Der drastische Rückgang der Urlauberzahlen aus dem chinesischen Mutterland hatte auch negative Auswirkungen für den Einzelhandel. In der zweiten Hälfte des Jahres 2016 erholte sich die Wirtschaft allmählich, mit einer Zunahme der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen. Auf dem Arbeitsmarkt herrschte Vollbeschäftigung, mit einer Arbeitslosenquote von nur 3,4 % im Jahr 2016. Die Inflation blieb unter Kontrolle, die Verbraucherpreise stiegen um 2,3 % an.

⁵ Soweit nicht anders angegeben, stammen alle auf Hongkongs Wirtschaft bezogenen Wirtschaftsindikatoren vom Hong Kong Census and Statistics Department.

In seiner Jahresansprache vom 13. Januar 2016 kündigte Chief Executive CY Leung eine ganze Reihe von Initiativen zur Entwicklung der Wirtschaft, zur Förderung von Innovation und Technologie sowie zur Verbesserung der Bildung und Gesundheit an. Dabei hob er besonders Hongkongs Rolle in der chinesischen Initiative „One Belt, One Road“ (OBOR) und ihren 13. Fünfjahresplan hervor. Hongkong will sich weiterhin für Freihandelsabkommen, Abkommen zur Investitionsförderung und zum Investitionsschutz, umfassende Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung sowie Luftverkehrsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern entlang der neuen Seidenstraße einsetzen.

Das Haushaltsjahr 2016-2017⁶ enthielt eine Reihe von Maßnahmen, um Unternehmen und Einwohner angesichts der geschwächten Wirtschaft zu unterstützen und den Verbrauch anzukurbeln. Dazu gehören verschiedene Programme und Initiativen, durch die Innovation und Technologie (einschließlich der Finanztechnologie (FinTech) sowie Unternehmensneugründungen gefördert und Unternehmen bei der Suche nach neuen Märkten unterstützt werden sollen. Auch die OBOR-Initiative soll weiter gestärkt werden. Trotz des kontinuierlichen Anstiegs der öffentlichen Ausgaben in den vergangenen Jahren akkumulierte die SVR Hongkong bis zum Ende des Haushaltsjahres 2016-2017 erhebliche Haushaltsüberschüsse in Höhe von bis zu 935,7 Mrd. HKD, was 37 % des BIP entspricht.

Gemäß dem zu Beginn des Jahres angenommenen Plan arbeiteten die Hongkonger Behörden auf verschiedenen Ebenen an der nationalen „One Belt, One Road“-Strategie. Für die Initiative wurden ein eigenes Büro und ein Lenkungsausschuss unter Vorsitz des Chief Executive eingerichtet, der Strategien und Politiken für die Beteiligung Hongkongs am OBOR-Projekt formulieren soll. Parallel dazu richtete die Hongkong Monetary Authority im Juli ein Büro für die Finanzierungsfazität für Infrastruktur (Infrastructure Financing Facility – IFFO) ein, um Hongkong als Plattform für die Infrastruktur-Finanzierung zu fördern. Im Gesetzgebungsbereich unterzeichnete Hongkong Luftverkehrsabkommen und/oder Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung mit mehreren Ländern entlang der neuen Seidenstraße (Malta, Serbien und Lettland), um potenzielle Entwicklungsmöglichkeiten vorzubereiten.- Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Georgien und den Malediven, über die Hongkong sein Freihandelsabkommen nach Eurasien zu erweitern hofft, sind noch in Planung. Im Verlauf des Jahres fand eine Reihe von offiziellen Besuchen in den OBOR-Ländern statt und wurden Werbemaßnahmen durchgeführt.

Hongkong war der weltweit größte Markt für öffentliche Erstemissionen für das zweite Jahr in Folge, mit einem Gesamtbetrag von 24,8 Mrd. USD⁷. Über 80 % der Mittel wurden Finanzinstitutionen des chinesischen Mutterlands zugewiesen. Hongkong behielt seine Wettbewerbsvorteile gegenüber Shanghai und Shenzhen als bevorzugtes Fundraising-Zentrum für chinesische Unternehmen. Doch die Entwicklung des Offshore-Renminbi (RMB)-Handels in Hongkong erhielt Gegenwind von der anhaltenden Abwertung der chinesischen Währung. Der RMB-Liquiditätspool schrumpfte und RMB-Transaktionen in

⁶ Das Haushaltsjahr der SVR Hongkong beginnt am 1. April und endet am 31. März des darauffolgenden Jahres.

⁷ Quelle: Hongkong Stock Exchanges and Clearing Ltd. (HKEx), Pressemitteilung, 20. Dezember 2016.

Hongkong gingen zurück, hauptsächlich aufgrund der erwarteten starken Abwertung des RMB. Hongkong blieb weiterhin das wichtigste Versuchsfeld für Chinas Kapitalmarktreform. Nach dem erfolgreichen Start des Börsenverbund-Programms Shanghai-Hongkong im November 2014 wurde am 5. Dezember ein zweiter Börsenverbund mit Shenzhen lanciert. Die Handelsregelung „Shenzhen-Hong Kong Stock Connect“ ermöglicht internationalen Anlegern den Handel mit 881 an der Börse Shenzhen gelisteten Aktien, und Anleger aus Festlandchina haben Zugang zu 417 Aktien aus Hongkong. Die Regelung war ein Meilenstein für Chinas Bemühungen, das Vertrauen der Investoren in die Aktienmärkte nach den Turbulenzen auf den Finanzmärkten vom Sommer 2015 zu stärken, und stellte einen wichtigen Schritt nach vorn bei seiner Finanzmarktreform dar. Die „Hongkong Monetary Authority“ erklärte, auf beiden Seiten werde die Durchführbarkeit einer Verbundregelung auf dem Anleihemarkt zu gegebener Zeit geprüft.

Während der Bereich der Finanzdienstleistungen zulegte und damit Hongkongs Position als internationales Finanzzentrum konsolidierte, zeigten sich einige Sektoren der Wirtschaft (insbesondere die Häfen und damit zusammenhängende Sektoren und Branchen) zunehmend geschwächt. Der Hafen von Hongkong war wachsendem Druck durch Festlandhäfen ausgesetzt, da China seine Schifffahrtspolitik gelockert hat, um ausländischen Schiffen das Be- und Entladen der Fracht entlang seiner Küste zu ermöglichen. Infolgedessen verliert Hongkong schrittweise seine Rolle als Umschlagpunkt für Waren, die zum und vom Festland befördert werden (rund 40 % seines Frachtumschlags). Während Hongkong vor mehr als zehn Jahren der größte Containerhafen der Welt war, fiel die SVR 2015 auf Platz 5 zurück, hinter Shanghai, Singapur, Shenzhen und Ningbo⁸. Im Jahr 2016 ging der Containerumschlag im Hafen von Hongkong um weitere 2,2 % zurück.

Die Industriestruktur der SVR ist seit 1997 im Wesentlichen unverändert geblieben. Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen im digitalen Zeitalter versucht China, den Schwerpunkt seiner Wachstumsstrategie wieder auf Technologie und Innovation zu legen. Im Haushaltsplan für den Zeitraum 2016-2017 sah die Regierung den bislang höchsten Betrag von 18 Mrd. HKD für Innovation und technologische Entwicklung vor, einschließlich 8,2 Mrd. HKD für die Entwicklung mehrstöckiger Gebäude für die Reindustrialisierung. Das im November 2015 eingerichtete Büro für Innovation und Technologie soll die Innovationskampagne leiten. Im Jahr 2016 wurde ein Technologie-Voucher-Pilotprojekt im Wert von 500 Mio. HKD lanciert, um KMU bei der Verbesserung ihrer technischen Kapazitäten finanziell zu unterstützen. Andere Initiativen, die sich in der Pipeline befinden, umfassen den Innovation Technology Venture Fund (zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften) sowie das Midstream-Forschungsprogramm (für Hochschulen, zur Nutzung von Forschungsergebnissen für kommerzielle Zwecke).

Die Regierung von Hongkong hat die Finanztechnologie (FinTech) als vielversprechenden potenziellen Wachstumssektor ermittelt. Im September kündigte die „Hongkong Monetary Authority“ eine Reihe von politischen Initiativen in diesem Bereich an, einschließlich der

⁸ Quelle: Marine Department der Regierung der SVR Hongkong.

Gründung eines finanztechnologischen Innovationszentrums sowie einer aufsichtlichen Entwicklungsumgebung („Sandbox“), die schnellere Genehmigungen für FinTech-Versuche ermöglichen soll. Es wird sich erhofft, dass sich Hongkong vor Singapur und Tokio als führendes Finanzzentrum Asiens behauptet.

Grundstücks- und Wohnungswesen

Der Immobilienmarkt war lebhaft, die inländischen Preise erreichten im Jahr 2016 einen neuen Höchststand. Die Preise für Wohnimmobilien stiegen in der zweiten Hälfte des Jahres, angeführt von kleinen und mittleren Einheiten, deutlich an. Am Ende lagen die allgemeinen Wohnungspreise im Dezember 2016 um mehr als 77 % über dem 1997 erreichten Höchstwert⁹. Um den drastischen Anstieg der Immobilienpreise einzudämmen, erhob die Regierung ab dem 5. November eine pauschale Stempelgebühr von 15 % für Nicht-Erstkäufer und Großkunden, die die progressiven Steuerregelungen ablöste, bei denen die höchste Quote 8,25 % betrug. Dennoch gingen die Immobilienpreise über die finanziellen Möglichkeiten vieler, insbesondere der jüngeren Generation, hinaus.

Daher blieb die Erschwinglichkeit von Wohneigentum und Mietwohnraum ein heikles Thema für die Regierung der SVR. Laut einigen globalen Erhebungen ist Hongkong die Stadt mit den am wenigsten erschwinglichen Preisen für Wohneigentum¹⁰. Die Regierung hat eine langfristige Wohnungsbaustrategie entwickelt, um in den nächsten zehn Jahren 280 000 Sozialwohnungen bereitzustellen. Der Fortschrittsbericht 2016 signalisiert einen Mangel an geeigneten Grundstücken für öffentlichen Wohnraum in den nächsten zehn Jahren, da es immer schwieriger sein wird, genügend Fläche für Entwicklung sicherzustellen. Die Suche und der Erwerb von geeigneten Grundstücken zum Bau von Wohnsiedlungen hat tiefe Gegensätze hervorgebracht, insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen Eigentümer, Pächter von Brachflächen¹¹ (oder deren illegale Nutzer), Dorfbewohner und grüne Fraktionen möglicherweise gegenläufige Interessen haben. Der Planungsprozess ist aufgrund des Widerstands der verschiedenen Interessengruppen zeitaufwendiger und komplizierter geworden.

Auf der Nachfrageseite stellte die aktive Teilnahme von Unternehmen des chinesischen Festlands, die zunehmend in Hongkong vertreten sind, eine bedeutende Entwicklung auf dem Immobilienmarkt dar¹². Bauträger aus dem chinesischen Mutterland nahmen an 62 % der öffentlichen Ausschreibungen für Wohnsiedlungen teil und erhielten bei 24 % der

⁹ Quelle: 2016 Economic Background and 2017 Prospects, Regierung der SVR Hongkong.

¹⁰ Laut der 12. Internationalen Erhebung zum Thema Einfluss der Demographie auf die Erschwinglichkeit von Wohnraum (2016) ist Hongkong unter 367 Städten die Stadt mit dem am wenigsten erschwinglichen Wohnraum und einem durchschnittlichen Wohnungspreis, der das 19fache des jährlichen mittleren Einkommens beträgt.

¹¹ Brachflächen sind in der Regel landwirtschaftlich genutzte Flächen in den ländlichen New Territories, insbesondere den relativ flachen und leichter zugänglichen Gebieten. Die Flächen wurden für verschiedene industrielle Tätigkeiten wie offene Lagerung, Hafen-Sicherungsanlagen, Industrie-Workshops, Logistik, Abwrackwerften, Baumaschinen und Materiallagerung genutzt.

¹² Nach Angaben des Hongkong Census and Statistics Department erhöhte sich die Zahl der Unternehmen aus Festlandchina in Hongkong von 853 im Jahr 2012 auf 1 123 im Jahr 2016.

Ausschreibungen im Jahr 2016 den Zuschlag¹³. Ihre vermehrte Tätigkeit auf dem öffentlichen Grundstückmarkt in Hongkong ließ die Preise bei einigen Flächen in die Höhe schießen, was zum Ausschluss lokaler Bauträger führte. Chinesische Finanzinstitute und Konglomerate hatten zunehmend eine marktbeherrschende Stellung für erstklassige Büroimmobilien. Kapitalabflüsse im Zuge der erweiterten grenzüberschreitenden Investitionen und die Erwartung einer weiteren Abwertung des RMB gegenüber dem US-Dollar haben die Nachfrage seitens der Finanzinstitute vom chinesischen Festland verstärkt.

Unternehmensumfeld

Das Unternehmensumfeld in Hongkong war im Jahr 2016 einigem Gegenwind ausgesetzt. Für KMU, Start-ups, ausländische Unternehmen und einige Privatpersonen war es unnötig umständlich und schwierig, ein Bankkonto zu eröffnen. Die lokalen und ausländischen Handelskammern machten die Behörden hierauf aufmerksam und argumentierten, diese Praxis stehe nicht im Einklang mit Hongkongs Bestrebungen, sich als Chinas Tor zur Welt und als Hotspot für Innovation und Unternehmensneugründungen zu etablieren. Schließlich intervenierte die Hongkong Monetary Authority und gab im September einen Runderlass an die Banken aus. Jedoch wurde das Problem noch nicht vollständig behoben.

Die im Dezember 2015 in Kraft getretene Verordnung zum Wettbewerbsrecht schien schrittweise Änderungen in die Geschäftspraktiken und die Geschäftskultur in Hongkong zu bringen. So hoben 19 Handelsverbände im Jahr 2016 Preisbeschränkungen oder Honorarsätze auf. Bei der Wettbewerbskommission gingen fast 1 900 Beschwerden und Anfragen ein, von denen 130 in einer zweiten Stufe einer weiteren Bewertung unterzogen wurden. Die beiden wichtigsten betroffenen Sektoren waren „Eigentum und Gebäudeverwaltung“ und „Professionelle und technische Dienstleistungen“. Einige Beschwerden standen im Zusammenhang mit den im Sektor der Gebäudesanierung vorherrschenden Angebotsabsprachen. Im dritten Quartal 2016 legte die Wettbewerbskommission ihren ersten Vorschlag für eine Gruppenfreistellungsverordnung für bestimmte Schifffahrts-Linienvereinbarungen vor. Aber sie muss noch einige Besonderheiten des Hongkonger Systems angehen, insbesondere das Fehlen einer sektorübergreifenden Verschmelzungsregelung, das Fehlen von privaten Maßnahmen und die Befreiung der satzungsmäßigen Gremien von der Deckungspflicht.

In Bereich der Umweltpolitik verkündete Hongkong seinen Beschluss, den lokalen Handel mit Elfenbein innerhalb von fünf Jahren einzustellen. Die einschlägigen Gesetzesänderungen sollen dem Legislativrat in der ersten Hälfte des Jahres 2017 vorgelegt werden. Im Dezember verabschiedete Hongkong seine erste Strategie und einen entsprechenden Aktionsplan zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung. Für Initiativen zum Schutz der biologischen Vielfalt sind dabei in den ersten drei Jahren 150 Mio. EUR vorgesehen.

Internationale Verpflichtungen

¹³ Quelle: JLL, Hongkong.

Hongkong hat bei der Umsetzung des Automatischen Austauschs von Finanzinformationen in Steuersachen (AEOI) in Übereinstimmung mit dem OECD-Standard¹⁴ stetige Fortschritte gemacht. Im Juni verabschiedete der Legislativrat eine Änderung des innerstaatlichen Rechts, um hierfür den erforderlichen Rechtsrahmen zu schaffen. Damit kann Hongkong ab 2018 steuerlich relevante Informationen mit Japan und dem Vereinigten Königreich automatisch austauschen. Ferner ersuchte der Legislativrat 16 weitere EU-Mitgliedstaaten, Beratungen mit den zuständigen Behörden über Vereinbarungen für den automatischen Austausch von Finanzinformationen einzuleiten. Der Legislativrat wird zudem Steuerabkommen mit weiteren Mitgliedstaaten aushandeln.

Im Juni sagte Hongkong gegenüber der OECD zu, den Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) umzusetzen. Um die Anforderungen der OECD zu erfüllen, sollen dem Legislativrat bis Mitte 2017 entsprechende Gesetzesänderungen vorgelegt werden. Zu diesem Zweck leitete die Regierung im Oktober Konsultationen ein, um auszuloten, wie die OECD-Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung von den Unternehmen umgesetzt werden können.

Hongkong arbeitete weiter am Ausbau seiner Systeme zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Im März gab die Hongkonger Bankenvereinigung allen ihren Mitgliedern einen (in Absprache mit der Hongkong Monetary Authority erstellten) Leitfaden zur „handelsgestützten Geldwäsche“ an die Hand. Hongkong wird vorgeworfen, sein derzeitiges System mache es zu einem nicht nur für den Handel und die Investitionstätigkeit, sondern auch für illegale Aktivitäten attraktiven Standort. Der Leitfaden soll Finanzinstitute dabei unterstützen, die Verordnung von 2012 über die Bekämpfung der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung in ihren Grundzügen in funktionierende interne Verfahren umzusetzen.- Im Dezember legte das Sicherheitsbüro dem Legislativrat Vorschläge für Änderungen an der Verordnung zur Umsetzung des Systems der Vereinten Nationen (VN) zur Terrorismusbekämpfung vor, um die jüngsten Empfehlungen der Financial Action Task Force zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sowie die Resolution 2178 des VN-Sicherheitsrats umzusetzen. Die neuen Maßnahmen sollen das Einfrieren der Vermögenswerte von Terrorverdächtigen ermöglichen und Personen daran hindern, Hongkong zu verlassen oder in einen anderen Staat einzureisen, um terroristische Handlungen auszuüben.

Trotz aller Regelungsbemühungen erlitt der Ruf Hongkongs als internationaler Finanzplatz im Zuge des „Panama Papers“-Leak einigen Schaden. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob Hongkong über wirksame Regelungen verfügt, um Missbrauch durch Offshore-Unternehmen zu verhindern. Nach Angaben des Internationalen Konsortiums investigativer Journalisten war Hongkong der größte Markt für Mossack Fonseca, die Anwaltskanzlei mit Sitz in Panama, die Klienten dabei half, ihre Vermögenswerte in geheimen Offshore-Strukturen anzulegen. Ein großer Teil der Klientel dieser Firma kam aus

¹⁴ Hongkong kündigte im September 2014 seine Unterstützung für die OECD-Standards an, wobei erste Gespräche mit geeigneten Partnern auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bis Ende 2018 stattfinden sollen.

oder über Tochtergesellschaften mit Sitz in Hongkong. Die Hongkonger Behörden brachten vor, dass es kein nationales Recht gebe, das Unternehmen oder kommerziellen Einheiten die Gründung von Unternehmen in Steuergemeinschaften außerhalb Hongkongs verbietet.

Bilaterale Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der EU und Hongkong im Jahr 2016

Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Hongkong wurden im Jahr 2016 weiter intensiviert. Wie in den Vorjahren war die EU nach Festlandchina der zweitgrößte Handelspartner Hongkongs¹⁵, während Hongkong im Waren- und Dienstleistungsverkehr an 14. Stelle der wichtigsten Handelspartner der EU rangierte.

Der bilaterale Warenhandel zwischen der EU und Hongkong erhöhte sich 2016 um 7,3 % auf 53,2 Mrd. EUR, wobei die EU einen Handelsbilanzüberschuss von 16,8 Mrd. EUR¹⁶ (ihren fünftgrößten) zu verzeichnen hatte. Im Jahr 2015 (dem jüngsten Jahr, für das Angaben zur Verfügung stehen) belief sich der bilaterale Handel mit Dienstleistungen auf 22,77 Mrd. EUR, mit einem EU-Defizit von 506 Mio. EUR.

Auch die Investitionsbeziehungen blühten weiter. Die EU war im Jahr 2015 die drittgrößte Quelle ausländischer Direktinvestitionen in Hongkong – nach den Britischen Jungferninseln und Festlandchina¹⁷. Hongkong zählt zu den zehn wichtigsten Investoren in der EU. Im Jahr 2015 belief sich das Volumen der Direktinvestitionen aus der EU nach Hongkong auf 119,4 Mrd. EUR; die Zuflüsse von Direktinvestitionen aus Hongkong in die EU betrugen 80,4 Mrd. EUR¹⁸. 2 107 Unternehmen aus der EU waren in Hongkong präsent und stellten damit weiterhin den größten Anteil der ausländischen Unternehmen in Hongkong¹⁹.

Als natürliche Plattform für Handel und Investitionen zwischen Europa und China kann Hongkong von den zunehmenden Investitionsströmen nur profitieren. Im Jahr 2016 loteten die EU und Hongkong auf informelle Weise aus, welche Rolle Hongkong als Investitionsplattform im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa und der OBOR-Strategie spielen könnte.

Auf der 10. Sitzung im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen Hongkong und der EU am 17. November in Brüssel wurden wichtige Ergebnisse erreicht.

- Die Parteien erzielten eine Einigung über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausfuhr von Fleisch und Fleischerzeugnissen aus der EU.
- Sie kamen überein, den Dialog und die Zusammenarbeit in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und Gesundheitsfragen fortzusetzen.

¹⁵ Das Ranking basiert auf der vom Hong Kong Census and Statistics Department veröffentlichten Handelsstatistik.

¹⁶ Quelle: Comext, Referenzdatenbank von Eurostat für den internationalen Warenverkehr. Vorläufige Zahlen für die Zeit ab dem 14. Februar 2017.

¹⁷ Quelle: *External direct investment of Hong Kong in 2015*, Hong Kong Census and Statistics Department.

¹⁸ Quelle: Eurostat und GD TRADE.

¹⁹ Quelle: Jährliche Unternehmensumfrage 2015 des Hong Kong Census and Statistics Department unter Unternehmen in Hongkong, die Muttergesellschaften mit Sitz außerhalb Hongkongs vertreten.

- Die EU und Hongkong begrüßten die vielversprechende Zusammenarbeit im Rahmen einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe über geistiges Eigentum und verständigten sich darauf, dass Investitionsexperten beider Seiten zusammentreffen und Informationen über die jüngsten Entwicklungen in ihrer jeweiligen Investitionspolitik austauschen sollen. Die Parteien vereinbarten einen weiteren Ausbau ihrer guten Zusammenarbeit in der WTO.
- Sie beschlossen, ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Handels mit wildlebenden Tieren zu koordinieren.
- Sie informierten sich gegenseitig über die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Transparenz im Steuerbereich und zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) unter der Schirmherrschaft der G20 und der OECD.

Die EU und Hongkong arbeiteten im Rahmen des Aktionsplans für die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums weiterhin gut zusammen und schlossen im März ein sechsmonatiges Pilotprojekt ab, in dessen Rahmen sie über gesicherte Kanäle Erkenntnisse über Festnahmen austauschten und gemeinsam Statistiken zu Festnahmen an der Grenze analysierten. Das Pilotprojekt umfasste fünf Flughäfen in der EU. Vor dem Hintergrund dieser positiven Erfahrungen beschlossen die EU und Hongkong, ihre Zusammenarbeit auszubauen, insbesondere durch die Einbeziehung weiterer Flughäfen in der EU.

Zur weiteren Erleichterung des bilateralen Handels erstellten die EU und Hongkong einen Arbeitsplan, der zur gegenseitigen Anerkennung der jeweiligen Programme für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte führen könnte.

Im Bereich Forschung und Innovation wurden im Jahr 2016 positive Entwicklungen bei der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Hongkonger Rat für Forschungsstipendien verzeichnet, der 2015 ins Leben gerufen wurde, um die Zusammenarbeit bei gemeinsamen akademischen Forschungsvorhaben unter dem Rahmenprogramm „Horizont 2020“ zu fördern. Im September vergab der Rat den ersten Betrag in Höhe von 2 Mio. HKD für ein Projekt der Polytechnischen Universität Hongkong. Im Oktober wurde eine zweite Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen im Rahmen von Horizont 2020 für den Zeitraum 2016-2017 lanciert.

Als Teil ihrer Agenda für eine faire Besteuerung auf globaler Ebene arbeitete die EU weiterhin an der Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste nicht kooperativer Steuergebiete. Sie erstellte ein „Scoreboard von Indikatoren“ auf der Grundlage einer Voruntersuchung aller Drittländer. Das Scoreboard stellt weder eine Beurteilung der Drittländer noch eine vorläufige EU-Liste dar. In Bezug auf Hongkong wurde auf die Transparenz der Risikoindikatoren und die präferenzielle Körperschaftssteuerregelung hingewiesen. Gleichzeitig verstärkte Hongkong seine Bemühungen, insbesondere durch die Unterzeichnung bilateraler Abkommen mit den zuständigen Behörden (Competent Authority Agreements – CAA) über den automatischen Austausch von Finanzinformationen mit dem Vereinigten Königreich und Japan auf der Grundlage des OECD-Modells. Hongkong wandte sich mit Blick auf die

Unterzeichnung von CAAs, CDTAs und Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen an nahezu alle EU-Mitgliedstaaten. Dabei gingen positive Antworten von einer Reihe von Mitgliedstaaten ein, das Feedback anderer Staaten stand noch aus.

Die Beziehungen zwischen der EU und Hongkong auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen wurden durch das neue jährliche EU/Asien-Pazifik-Forum, dessen erste Sitzung im Oktober in Singapur stattfand, intensiviert. Alle Mitglieder des Asien-Pazifik-Regionalausschusses der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) sowie die Europäische Kommission (vertreten durch die Generaldirektion für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion) und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde trafen sich zu einem Informations- und Meinungsaustausch über politische und regulatorische Entwicklungen. Hongkong wurde durch seine Securities and Futures Commission vertreten. Ziel des Forums ist der Austausch von Informationen über aktuelle und künftige Entwicklungen des Regelungsrahmens, mit Schwerpunkt auf Möglichkeiten zur Stärkung der asiatisch-pazifischen Koordinierung im Bereich der Finanzdienstleistungen, über Gleichwertigkeitsbeschlüsse der Europäischen Kommission und ähnliche Entscheidungen im asiatisch-pazifischen Raum sowie neue politische Prioritäten für die weltweite Regelungsagenda.

Die Interessen der EU-Unternehmen in Hongkong werden von der Europäischen Handelskammer (ECC) vertreten, einer Dachorganisation, die unter anderem 15 europäische Handelskammern mit Sitz in Hongkong und eine Handelskammer in Macau zu ihren Mitgliedern zählt. Die ECC verfügt über fünf sektorale „Wirtschaftsräte“, die sich auf den Automobilsektor, Markenschutz, Energie und Umwelt, Finanzdienstleistungen und Information sowie Kommunikation und Technologie konzentrieren. Sie arbeitet eng mit dem Büro der Europäischen Union in Hongkong und Macau zusammen, um den Dialog mit der Regierung zu erleichtern. Die ECC arbeitete im Jahr 2016 weiter an der Umsetzung des „European Union Business Information Programme“, mit dem die Wirtschaftspartnerschaft und die Unternehmenszusammenarbeit mit Hongkong und Macau intensiviert und eine stärkere und besser koordinierte Vertretung der Wirtschaftsinteressen der EU in Hongkong und Macau erreicht werden soll.

Die diplomatischen Vertretungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Hongkong engagierten sich weiter dafür, der EU mehr Profil zu verleihen. Zu diesem Zweck organisierte das EU-Büro eine Reihe von Treffen zwischen den Leitern der Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten, führenden Mitgliedern der Regierung Hongkongs, Mitgliedern des Legislativrats, Justizvertretern sowie anderen führenden Persönlichkeiten, u. a. aus der Geschäftswelt. Die EU und Hongkong haben gemeinsam daran gearbeitet, die Kontakte zwischen den Menschen zu fördern, insbesondere in den Bereichen der Zusammenarbeit im Hochschulbereich, bei der Mobilität von Studierenden und in der Kultur- und Kreativindustrie.

Die diplomatischen Vertretungen und Kulturinstitute der EU organisierten gemeinsam mit den lokalen Partnern zahlreiche Veranstaltungen zur Förderung der direkten Kontakte, einschließlich eines EU-Filmfestivals, eines EU-Stands auf einer großen Hochschulmesse, des EU-Sprachentags, eines Kalenderwettbewerbs für Schulen und verschiedener Veranstaltungen

zum Thema Menschenrechte, einschließlich eines zweitägigen Workshops zum Thema Menschenhandel sowie einer Konferenz über Religionsfreiheit und die Rechte von LGBTI-Personen.- Die EU hofft, diese Dynamik nutzen zu können, um ihre Zusammenarbeit mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zur Förderung des Gedankenaustauschs über Rechte und Freiheiten fortzuführen.

Das „EU Academic Programme Hong Kong“ (EUAP), ein Konsortium, zu dem sich die Hong Kong Baptist University, die University of Hong Kong, die Chinese University of Hong Kong und die Lingnan University zusammengeschlossen haben, engagierte sich weiter für die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Hongkong durch wissenschaftliche Arbeit und die Vernetzung mit Partnern auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene. Im Rahmen des EUAP wurde eine Reihe von Veranstaltungen, einschließlich Konferenzen und Seminaren, zum Thema „Intelligente Städte in Europa“ abgehalten. Außerdem trat das EUAP als Gastgeber der „Model EU“ auf, einer einzigartigen Simulation des Entscheidungsprozesses und der Politikgestaltung der EU, bei der Studierende in die Rolle von Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bei einer Tagung des Europäischen Rates schlüpfen.

Das Jahr 2016 war von zahlreichen Besuchen hochrangiger Vertreter der EU-Institutionen geprägt. Unter den Besuchern der Europäischen Kommission befanden sich der Vizepräsident Jyrki Katainen, der im Juli den Geschäftsführer, Generalsekretär und Finanzminister traf, sowie (im November) der Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Phil Hogan. Der Besuch von Phil Hogan ebnete den Weg für die Einigung über Maßnahmen zur Erleichterung der EU-Fleischausfuhren nach Hongkong.